



Der Bürgermeister

Öffentliche Beschlussvorlage **164/2010**

Dezernat II, gez. Backes

Federführung:

60 - Planung, Bauordnung, Verkehr

Produkt:

30.04 Sicherheit und Ordnung des Verkehrs

60.03 Verkehrsplanung

Datum:

11.06.2010

Beratungsfolge:

Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen

Sitzungsdatum:

23.06.2010

Entscheidung

Verkehrsführung in der nord-westlichen Innenstadt: Entwicklung von alternativen Lösungsmöglichkeiten

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit Vertretern der unmittelbar betroffenen Bürger aus den Bereichen nordwestliche Innenstadt und Hengte und Vertretern der im Rat vertretenen Fraktionen die vorhandenen Lösungsvorschläge zu diskutieren und zu bewerten und ggfls. alternative Lösungen für die zukünftige Verkehrsführung in der nord-westlichen Innenstadt zu entwickeln.

Sachverhalt:

In der Sitzung am 12.05.2010 beauftragte der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen die Verwaltung, auf der Grundlage der Variante 6 a die Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes weiter zu bearbeiten und das Ergebnis im Ausschuss erneut vorzustellen.

Herr Kraska von der FDP-Fraktion überreichte der Verwaltung in der Sitzung ein Schreiben mit Anregungen von Anliegern mit der Bitte um Prüfung. Dieses Schreiben enthält insgesamt 5 Vorschläge für eine alternative Verkehrsführung in der nord-westlichen Innenstadt. Gemeinsam mit den bereits vorliegenden Varianten hat die Verwaltung diese Vorschläge noch einmal auf ihre verkehrlichen Auswirkungen untersucht. Als neuralgische Punkte erweisen sich bei fast allen Einbahnstraßenlösungen die Kreuzungen mit dem Köbbinghof und der Neustraße, da hier völlig neue Verkehrsführungen notwendig werden. Diese Punkte sind zunächst noch einmal im Detail zu untersuchen. Alle Vorschläge führen zu einer mehr oder weniger deutlichen Verlagerung von Verkehrsströmen innerhalb des Gebietes.

Daher hält es die Verwaltung für sinnvoll, Vertreter der unmittelbar betroffenen Bürger aus den Bereichen nordwestliche innerstadt und Hengte in die Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten einzubeziehen, bevor in den politischen Gremien über die Umsetzung von Maßnahmen entschieden wird. Die vorhandenen Vorschläge und weitere Varianten, die sich hieraus ergeben, sollen in einem kleineren Arbeitskreis erörtert und bewertet werden. Gleichzeitig sollen Vertreter der Fraktionen benannt werden und an dem Arbeitskreis teilnehmen. Zum einen wird hierdurch ein unmittelbarer Informationsaustausch in die Fraktionen gewährleistet, zum anderen kann hierdurch sichergestellt werden, dass eine Lösung entwickelt wird, die auf eine Akzeptanz in den politischen Gremien stößt.